

Niederschrift

der VII/35. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, dem 25. September 2008
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 18:58 Uhr
Sitzungsort: Kleiner Saal der Stadthalle in Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Bernhard Halbe

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Herbert Berls
Hans-Georg Bette
Heinz Beule
Horst Broeske
Alfons Brüggemann
Ralf Brune
Andreas Deimann
Willi Ewers
Hermann-Josef Falke
Ralf Fischer
Hubertus Guntermann
Josef Henke
Josef Hoffmann
Franz-Josef Klauke
Werner Kranefeld
Ruth Linn
Manfred Ochsenfeld
Josef Peitz
Anne Plett
Hubert Pröpper
Uwe Rothe
Günther Schauerte
Gerhard Schmidt
Wolfgang Schürmann
Günter Schütte
Hermann-Josef Silberg
Paul Soemer
Stefan Sporing
Meinolf Sternberg
Gerlind Wangermann
Wilfried Welfens

Von der Verwaltung

Beigeordneter Burkhard König	
Stadtoberverwaltungsrat Hans Robert Schrewe	
Stadtamtsrätin Nicole Mette	- zeitweise
Stadtangestellter Josef Schörmann	- zeitweise
Stadtamtman Christian Erb	- zu TOP 11 öT
Stadtangestellter Heiner Beste	- zu TOP 12 bis 15 öT
Stadtangestellter Heribert Störmann	- zu TOP 2.3 bis 2.9 nÖT

Schriftführer

Stadtangestellter Josef Hiltcher

Entschuldigt fehlen

Brigitte Brüggemann
Michael Franke
Thomas Hochstein
Ursula Mönig
Ludwig Poggel
Werner Voss

Zur Tagesordnung stehen:

A. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Einwohnerfragestunde
2. Genehmigung der Bestellung eines Vorstandsmitgliedes der Stadtparkasse Schmallenberg Vorlage VII/1066
3. Jahresabschluss 2006
 - a) Feststellung des Jahresabschlusses
 - b) Verwendung des Jahresergebnisses
 - c) Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Abs 1 GO NW Vorlage VII/1042
4. Feststellung des Jahresabschlusses für den Eigenbetrieb "Stadtwerke Schmallenberg" - Betriebszweige Wasserversorgung, Stadtentwässerung und Bürgerbusverkehr - für das Wirtschaftsjahr 2006 Vorlage VII/1050
5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. HJ 2008 Vorlage VII/1031
6. Beschluss eines 1. Nachtrags zur Haushaltssatzung der Stadt Schmallenberg für das Jahr 2008 Vorlage VII/1068
7. Bildung einer Einigungsstelle gemäß § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NW (LPVG) Vorlage VII/1030
8. DSL-Breitbandversorgung im Stadtgebiet Schmallenberg Vorlage VII/1073
9. Änderung verschiedener Zweckbestimmungen und Änderung des Umlegungsplanes Grafschaft vom 03.08.1951 - G 239 - mit Übernahme von Wegen bzw. Wegeteilen der Teilnehmergeinschaft der Umlegung in Grafschaft in das Eigentum

- der Stadt bzw. Abgabe an sonst. angrenzende Eigentümer;
- Satzungserlass Vorlage VII/1026
10. Abwasserbeseitigungskonzept 5. Fortschreibung Vorlage VII/1049
11. Einführung einer gesonderten Regenwassergebühr
- Erlass des 4. Nachtrages zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Schmallenberg vom 25.10.2001 Vorlage VII/1022
12. Bebauungsplan Nr. 130 "Am Kaukenborn", Stadtteil Schmallenberg
1. Änderung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 Baugesetzbuch
- Prüfung und Auswertung der Öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch Vorlage VII/1033
13. Bebauungsplan Nr. 137 "Unterm Ebbeloh", Ortsteil Berghausen
- Prüfung und Auswertung der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch
- Erlass einer Gestaltungssatzung gem. § 86 Landesbauordnung NW für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Vorlage VII/1034
14. Bebauungsplan Nr. 141 "Auf'm Mailar Felde", Ortsteil Mailar
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch Vorlage VII/1037
15. Bebauungsplan Nr. 142 "Ohlweg", Ortsteil Werpe
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch Vorlage VII/1077
16. Ausbau der Straße "Über dem Hagen" in Fleckenberg, II. BA
- Abschnittsbildung nach § 130 Abs. 2 S. 1 u. 2 BauGB Vorlage VII/1080
17. Schmallenberger Familienkarte;
hier: Auswertung des Gutscheinsystems für das Jahr 2007 und Vergleich der Monate Januar bis Juni 2007 und 2008
- Anfrage der UWG-Ratsfraktion Vorlage VII/1081
18. Vorzeitige Umsetzung der geplanten Kunstrasenplätze
- Antrag der CDU-Ratsfraktion Vorlage VII/1079
19. Ersatzbestellung eines Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss Vorlage VII/1071
20. Ersatzbestellung eines Mitgliedes für den Bezirksausschuss Schmallenberg
Vorlage VII/1076
21. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

1. Grundstücksangelegenheiten
- 1.1. Erwerb eines Grundstücks im Stadtteil Bad Fredeburg
- Genehmigung des Grundstückskaufvertrages Vorlage VII/1006
- 1.2. Tausch von Grundstücken im Stadtteil Schmallenberg
- Genehmigung eines Grundstückstauschvertrages Vorlage VII/1024
- 1.3. Zustimmung zur Veräußerung eines Erbbaurechtes Vorlage VII/1025

- 1.4. Veräußerung eines Bauplatzes im Baugebiet "Am Taasberg", Lenne
- Genehmigung eines notariellen Kaufvertrages Vorlage VII/1040

- 2. Auftragsvergaben

- 2.1. Digitalisierung der Bauakten Vorlage VII/1018

- 2.2. Bau einer Rutschenanlage am SauerlandBAD
- Vergabe Elektroarbeiten Vorlage VII/1051

- 2.3. Renaturierung der Palme zwischen Bödefeld und Westernbödefeld
- Vergabe von Ingenieurleistungen Vorlage VII/1036

- 2.4. Dorferneuerung Niederhenneborn - Gestaltung eines Dorfmittelpunktes Vorlage VII/1057

- 2.5. Dorferneuerung Nordenau - Kirchplatz/Burgruine Rappelstein Vorlage VII/1058

- 2.6. Ausbau der B 236 in der Ortsdurchfahrt Oberkirchen
- Auftragserweiterung für einen Teilausbau der L 640 Richtung Westfeld Vorlage VII/1075

- 2.7. Endausbau Baugebiet "Auf der Rudolfshöhe", Gleidorf, 1. BA
- Vergabe Straßenbau Vorlage VII/1060

- 2.8. Ausbau der Straße "Über dem Hagen" in Fleckenberg, 2. BA
- Vergabe Straßenbau Vorlage VII/1061

- 2.9. Optimierung Knotenpunkt L 737/Alte Post in Schmallenberg;
Vergabe Straßenbauarbeiten
- Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NW Vorlage VII/1065

- 3. Verschiedenes

Bürgermeister Halbe eröffnet die heutige Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Durch Erheben von ihren Plätzen gedenken die Anwesenden des am 24. August 2008 im Alter von 83 Jahren verstorbenen Herrn Karl Balzer aus Bad Fredeburg.

Karl Balzer war von 1961 bis 1969 Mitglied im Stadtrat und verschiedenen Ausschüssen der ehemaligen Stadt Fredeburg. Am 1. Oktober trat er als Leiter der Kurverwaltung in den Dienst der Stadt Fredeburg; im Dezember 1974 wurde er zum Kurdirektor ernannt. Diese Tätigkeit übte er nach der Kommunalen Neugliederung als Leiter des Verkehrsamtes der Stadt Schmallenberg und der Kurverwaltung Fredeburg bis zu seinem gesundheitsbedingten Ausscheiden am 31. Oktober 1984 aus.

In Würdigung seiner vielfältigen und mit außergewöhnlichem Engagement wahrgenommenen Aktivitäten für den Tourismus in unserer Region wurde Karl Balzer im Jahre 1991 der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Im Namen der Stadt Schmallenberg dankt Bürgermeister Halbe dem Verstorbenen für sein außergewöhnliches Engagement, das ihm ein ehrendes Andenken sichert.

Zur Tagesordnung trägt Herr Halbe vor, dass, wie auch bereits im Technischen Ausschuss, im nÖT TOP

**2.6. Ausbau der B 236 in der Ortsdurchfahrt Oberkirchen
- Auftragserweiterung für einen Teilausbau der L 640 Richtung Westfeld
Vorlage VII/1075**

von der Tagesordnung abzusetzen wäre.

Mit Schreiben vom 19.09. wurde vorgeschlagen, ergänzend zur Tagesordnung noch folgenden Punkt zu behandeln:

**Flugplatz-GmbH Hochsauerland (Rennefeld)
- Übertragung der Gesellschaftsanteile auf die Fluggemeinschaft Rennefeld
e.V. Schmallenberg**

Der Punkt sollte auf Basis der HFA-Vorlage mit mündlichem Bericht als TOP 21 in die Tagesordnung eingefügt werden.

Weiter wird aktuell von der Verwaltung vorgeschlagen, im nichtöffentlichen Teil noch folgenden Punkt ergänzend zur Tagesordnung zu nehmen:

**als TOP 3 DSL-Breitbandversorgung im Stadtgebiet Schmallenberg
- Abschluss von Kooperationsverträgen**

Dazu haben die Ratsmitglieder zu Beginn der Sitzung die Vorlage VII/1085 erhalten.

Zur vorstehenden Auftragserweiterung OD Oberkirchen beklagt Herr Hoffmann, dass den ganzen Sommer über an der OD Oberkirchen gebaut wurde. Viele Kilometer Straße wurden gebaut, die letzten 150 Meter bleiben jetzt liegen. Dafür habe er kein Verständnis. Hierzu führt Herr Halbe aus, dass er sich auch dafür einsetze, dass die Bundes- und Landestraße in Ordnung wären, aber für dieses Teilstück konnte bislang keine Vereinbarung mit dem Straßebaulastträger getroffen werden. Herr Störmann schließt an, dass bei den ersten Gesprächen für das genannte Teilstück von 30.000 € Ausbaurkosten die Rede war, jetzt rede man von rd. 100.000 €. Weiter weist er darauf hin, dass es im Herbst keine größere Vollsperrung mehr geben wird. Lediglich ein Stück eingebrochener Kanal muss noch saniert werden, das erfordert eine Sperrung von 1 bis 2 Tagen. Die Instandsetzung des restlichen Straßenstücks soll aller Voraussicht nach im kommenden Jahr erfolgen.

Bedenken gegen die vorgenannten Änderungen der Tagesordnung ergeben sich nicht und weitere Änderungsanträge werden nicht gestellt.

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einwohnerfragestunde

a) Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen ergeben sich nicht.

b) Beschlussfassung über die nächste Einwohnerfragestunde

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, zu Beginn der Tagesordnung der nächsten Ratsitzung wieder eine Einwohnerfragestunde aufzunehmen.

TOP 2 Genehmigung der Bestellung eines Vorstandsmitgliedes der Stadtparkasse Schmallenberg Vorlage VII/1066

Der Sachverhalt wird von Herrn Halbe entsprechend der Vorlage vorgetragen. Anschließend begrüßt er Frau Deinzer und erteilt ihr das Wort, sich persönlich vorzustellen und dem Rat ihre Zielvorstellungen zu dieser Position darzulegen.

Unter ausführlicher Darlegung ihres persönlichen und beruflichen Werdeganges stellt sich Frau Deinzer sodann vor und erläutert ihre Zielvorstellungen, die sie mit der Stellung als Vorstandmitglied verbindet. Der neuen Aufgabe sehe sie mit dem gebotenen Respekt entgegen. Sie werde alles was sie an Energie und Kraft habe für die Stadtparkasse Schmallenberg einsetzen. Die Wohnsitznahme in Schmallenberg erfolge noch in diesem Jahr. Zur Nachfrage von Herrn Klauke erklärt sie, dass sie diese Position nicht als Sprungbrett ausnutzen werde; wenn sie etwas mache, dann mache sie es richtig. Sie habe definitiv nicht vor, zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur nächst größeren Bank abzuwandern.

Die Ratsfraktionen übermitteln Frau Deinzer die besten Wünsche und viel Erfolg für ihre Tätigkeit in der Stadtparkasse Schmallenberg. Diesen Wünschen schließt sich Bürgermeister Halbe nach der Beschlussfassung gleichermaßen an.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung genehmigt die vom Verwaltungsrat beschlossene Bestellung von Frau Anja Deinzer zum Vorstandsmitglied der Stadtparkasse für die Zeit vom 01.04.2009 bis zum 31.03.2014.

TOP 3 Jahresabschluss 2006
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Verwendung des Jahresergebnisses
c) Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Abs 1 GO NW
Vorlage VII/1042

Der Sachverhalt wird von Herrn Halbe kurz dargestellt. Der Jahresabschluss 2006 mit den zugehörigen Prüfberichten der örtlichen Rechnungsprüfung und der Wirtschaftsprüfer Rödl & Partner war am 18.08.2008 Gegenstand der Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss. Insoweit wird auf die Sachdarstellung in der Vorlage verwiesen.

Wortmeldungen ergeben sich nicht

In gemeinsamer Abstimmung zu 1.1 u. 1.2 und separater Abstimmung zu 1.3 werden einstimmig folgende Beschlüsse gefasst:

1.1 Der Rat der Stadt Schmallenberg stellt die Bilanz zum 31.12.2006 mit der ausgewiesenen Bilanzsumme von 165.922.029,21 € sowie die Ergebnisrechnung 2006 mit dem ausgewiesenen Jahresüberschuss von 427.473,14 € fest.

1.2 Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss von 427.473,14 € auf neue Rechnung vorzutragen.

1.3 Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister Entlastung für das Haushaltsjahr 2006.

Bürgermeister Halbe hat an der Beschlussfassung zu 1.3 entsprechend § 40 Abs. 2 letzter Satz GO NRW nicht mitgestimmt.

TOP 4 Feststellung des Jahresabschlusses für den Eigenbetrieb "Stadtwerke Schmallenberg" - Betriebszweige Wasserversorgung, Stadtentwässerung und Bürgerbusverkehr - für das Wirtschaftsjahr 2006
Vorlage VII/1050

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt, der auch die Unterlagen zum Jahresabschluss beigelegt sind. Ergänzend haben die Ratsmitglieder zu Beginn der Sitzung noch den Anhang zum Jahresabschluss sowie den Lagebericht der Stadtwerke Schmallenberg für das Wirtschaftsjahr 2006 erhalten.

Der Werksausschuss hat einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag der Vorlage votiert.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Der Abschluss des Wirtschaftsjahres 2006 wird mit den Endziffern der Gesamtbilanz von **33.542.840,28 €** und dem Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von **142.572,98 €** festgestellt.

- Betriebszweig Wasserversorgung:
Der Jahresfehlbetrag 2006 in Höhe von 8.756,63 € ist auf das Wirtschaftsjahr 2007 vorzutragen.
- Betriebszweig Stadtentwässerung:
Der Jahresfehlbetrag 2006 in Höhe von 132.984,56 € ist auf das Wirtschaftsjahr 2007 vorzutragen.
- Betriebszweig Bürgerbusverkehr:
Der Jahresfehlbetrag 2006 in Höhe von 831,79 € ist auf das Wirtschaftsjahr 2007 vorzutragen.

TOP 5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. HJ 2008
Vorlage VII/1031

Die im ersten Halbjahr 2008 entstandenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind in den Anlagen zur Vorlage aufgelistet und begründet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die in Anlage 1 zur Vorlage aufgeführten außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden zur Kenntnis genommen und die in Anlage 2 zur Vorlage aufgeführten überplanmäßigen Auszahlungen genehmigt.

TOP 6 Beschluss eines 1. Nachtrags zur Haushaltssatzung der Stadt Schmallenberg für das Jahr 2008
Vorlage VII/1068

Die Nachtragshaushaltssatzung mit –plan wurde mit Vorlage VII/1068 den Ratsmitgliedern zugeleitet und war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 16. September. Mit Blick auf die recht kurzfristig vorgeschlagene Absenkung der Grundsteuer B als Ausgleichsleistung zur getrennten Abwassergebühr wurde der Satzungsentwurf ohne

Beschlussempfehlung an den Rat gegeben und von der Verwaltung für die heutige Ratsbeschlussfassung eine Ergänzungsvorlage nachgereicht.

Herr Halbe trägt die mit der Ergänzungsvorlage vorgeschlagenen Festsetzung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung vor.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Aufgrund des § 81 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung beschließt der Rat der Stadt Schmallenberg folgende Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung vom 13.12.2007:

§ 1

Mit dem **Nachtragsplan** werden

	die bisherigen festgesetzten Gesamtbeträge	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschl. Nachtrag festgesetzt auf
	€	€	€	€
Ergebnisplan				
Erträge	40.073.000	3.642.000	701.000	43.014.000
Aufwendungen	39.904.000	3.578.000	609.000	42.873.000
Finanzplan				
<u>aus laufender Verwaltungs-</u> <u>tätigkeit:</u>				
Einzahlungen	36.540.950	4.972.000	365.000	41.147.950
Auszahlungen	35.398.950	4.243.000	167.000	39.474.950
<u>aus Investitions- und Finanzie-</u> <u>rungstätigkeit:</u>				
Einzahlungen	4.384.000	464.000	0	4.848.000
Auszahlungen	6.966.000	70.000	0	7.036.000

§ 2

Kredite für Investitionen werden wie bisher nicht veranschlagt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird wie bisher auf 375.000 € festgesetzt.

§ 4

Die **Zuführung zur Ausgleichsrücklage** wird neu auf 141.000 € festgesetzt.

§ 5

Der bisher festgesetzte **Höchstbetrag der Kredite** zur Liquiditätssicherung wird nicht geändert.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2008 wie folgt festgesetzt.

Steuerart	bisher v.H.	erhöht um v.H.	vermindert v.H.	nunmehr v.H.
1. Grundsteuer				
1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	190	-	-	190
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)	370	-	50	320
2. Gewerbesteuer	400	-	-	400

TOP 7 **Bildung einer Einigungsstelle gemäß § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NW (LPVG)** **Vorlage VII/1030**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, der einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag votiert hat.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Zum Vorsitzenden der Einigungsstelle ist Herr Rechtsanwalt Lothar Mönig, Schmallenberg, und zur stellv. Vorsitzenden die Direktorin des Amtsgerichtes Schmallenberg, Frau Helga Arens, zu bestellen.

Die Zahl der Beisitzer wird auf insgesamt 8 Personen festgelegt.

Als Vertreter für die oberste Dienstbehörde werden folgende 4 Beisitzer bestellt:

Frau Carmen Oberstadt, Gleichstellungsbeauftragte,
Frau Irmgard Kotthoff, Sachgebietsleiterin Servicecenter III,
Herr Josef Hiltcher, Leiter Bürgermeisterbüro und
Herr Ludger Frisse, Leiter Jugendamt.

Zu den Sitzungen der Einigungsstelle werden die notwendigen Beisitzer der obersten Dienstbehörde aus dem vorgenannten Personenkreis jeweils durch den Bürgermeister bestimmt.

TOP 8 DSL-Breitbandversorgung im Stadtgebiet Schmallenberg**Vorlage VII/1073**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, der einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag votiert hat. Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, für die im HFA genannten Anschlussbereiche die Kooperationsverträge mit der Deutschen Telekom abschließend zu verhandeln.

Herr Halbe weist darauf hin, dass die vorgenannten Kooperationsverträge zwischenzeitlich verhandelt wurden und zur Genehmigung im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung nachgetragen wurden.

Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung stimmt dem Vorschlag zur flächendeckenden DSL-Versorgung im Stadtgebiet Schmallenberg zu und beauftragt die Verwaltung, auf Basis der Vorlage weitergehende Gespräche mit der Telekom und der Fa. Innofactory zu führen. Das Ergebnis ist dem Rat zur abschließenden Beratung und Entscheidung vorzulegen. Die Genehmigung der mit der Deutschen Telekom verhandelten Kooperationsverträge erfolgt im nichtöffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

**TOP 9 Änderung verschiedener Zweckbestimmungen und Änderung des Umlegungsplanes Graftschaft vom 03.08.1951 - G 239 - mit Übernahme von Wegen bzw. Wegeteilen der Teilnehmergeinschaft der Umlegung in Graftschaft in das Eigentum der Stadt bzw. Abgabe an sonst. angrenzende Eigentümer;
- Satzungserlass**

Vorlage VII/1026

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss, der einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag votiert hat.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt zur Änderung des Umlegungsplanes Graftschaft vom 04.08.1951 - G 239 - für die nachfolgenden beschriebenen Wegeübernahmen bzw. Änderungen der Zweckbestimmungen zum Umlegungsplan Graftschaft - wie im anliegenden Entwurf vorgesehen - sowie durch Abgabe von verschiedenen Wegeflächen an die unmittelbaren Grundstücksnachbarn mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde eine Satzung zu erlassen.

TOP 10 Abwasserbeseitigungskonzept 5. Fortschreibung**Vorlage VII/1049**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Werksausschuss, der einstimmig entsprechend dem Beschlussvorschlag votiert hat.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Schmallenberg in der der Vorlage VII/1049 beiliegenden Fassung.

TOP 11 Einführung einer gesonderten Regenwassergebühr
- Erlass des 4. Nachtrages zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Schmallenberg vom 25.10.2001
Vorlage VII/1022

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt, der auch die Gebührenkalkulation und der Entwurf der 4. Nachtragssatzung beigelegt sind. Der Werksausschuss hat einstimmig vorgeschlagen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Herr Halbe trägt ergänzend vor, dass entsprechend der Darstellung in der Vorlage die Satzung rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft treten muss und daher in § 5 des Satzungsentwurfs das Datum auf den 01.01.2007 zu korrigieren ist.

Zu Beginn der sich zu dem Punkt entwickelnden Diskussion führt Herr Berls aus, dass das Thema ja nicht ganz so einfach ist. Eine absolute Gebührengerechtigkeit werde man nicht herbeiführen können, aber dieser Entwurf komme der Gerechtigkeit entgegen. Kompensiert werden soll die Mehrbelastung ja über die Senkung der Grundsteuer.

Herr Falke weist darauf hin, dass es systemgerechter gewesen wäre, den Ausgleich in der Gebührenkalkulation zu schaffen. Dazu wurden aber rechtliche Bedenken geltend gemacht. Die SPD werde den hier vorgeschlagenen Weg mitgehen. Er wirft die Frage auf, wie denn die Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden sind, die die getrennte Gebühr schon haben. In seinen weiteren Ausführungen gibt Herr Falke zu bedenken, dass die Absenkung der Grundsteuer B möglicherweise in zwei oder drei Jahren vergessen ist. Deshalb sollte die Absenkung für einen bestimmten Zeitraum festgeschrieben werden und der Rat eine diesbezügliche Absichtserklärung beschließen, bspw. für einen Zeitraum von 5 Jahren.

Herr Präpper ruft die Vorgaben in Erinnerung, die der Rat mit dem Grundsatzbeschluss zur Einführung der getrennten Abwassergebühr verbunden hatte. Weiter führt er aus, dass es eine absolute Gebührengerechtigkeit nicht geben wird. Die Absenkung der Grundsteuer B wäre aber ein gangbarer Weg zur Entlastung, auch wenn es schöner gewesen wäre, den Ausgleich in der Satzung selbst zu schaffen. Der Satz der Grundsteuer B wäre in dem vorherigen Beschluss der Nachtragshaushaltssatzung mit 50 Prozentpunkten Entlastung beschlossen worden. Das bedeute aber nicht, dass das auf Dauer so Bestand haben muss. Allerdings sei mit der Absenkung eine Entlastung beschlossen worden, die beim Bürger ankomme.

Für die BFS-Fraktion teilt Herr Klauke die Bedenken, dass die Steuerentlastung möglicherweise in zwei Jahren vergessen ist. Auch er schlägt vor, die Senkung der Grundsteuer B für einen längerfristigen Zeitraum zu erklären. Weiter weist er darauf hin, dass sich die BFS in der Vergangenheit für einen Straßenentwässerungsanteil von 30 % eingesetzt habe. Nun sei gegenüber dem bisherigen Anteil noch eine deutliche Reduzierung eingetreten.

Zu dem Punkt Gebührengerechtigkeit verweist Herr König auf das Urteil des OVG, worin bescheinigt wurde, dass die bisherige Satzungsregelung ungerecht sei. Mit diesem Satzungsentwurf entspreche man der geforderten Gerechtigkeit. Was zu der deutlichen Absenkung des Straßenentwässerungsanteils führt ist der extrem hohe Anteil an Fixkosten, hier insbesondere der hohe Beitrag an den Ruhrverband. Was die Festschreibung des Steuerhebesatzes betrifft, könne der nur für ein Jahr festgesetzt werden, alles andere wäre wirklich

nur eine Absichtserklärung. Zudem wäre ja auch nicht auszuschließen, dass der Haushalt möglicherweise mal selbst die Notwendigkeit aufgeben, die Steuersätze anzupassen.

Zu seinen Ausführungen stellt Herr Falke klar, dass die Gebührenkalkulation nicht angezweifelt werde. Es sollte aber erklärt werden, dass der Ausgleich über die Absenkung der Grundsteuer längerfristig wäre.

Herr Halbe weist darauf hin, dass der Haushalt 2009 von der Verwaltung mit dem abgesenkten Satz von 320 v.H. aufgestellt wird. Herr Halbe bittet auch zu bedenken, dass eine längerfristige Beschlussfassung eine Bindung für den neuen Rat bedeuten würde.

Herr Soemer fragt nach, wie denn die Entlastung für das Jahr 2007 angedacht sei. Hierzu erklärt Herr König, dass mit der Abwasserabrechnung des Jahres 2007, die ja jetzt mit den neuen Sätzen erfolgen wird, die Steuersenkung für 2008 einhergeht.

Für die SPD-Fraktion stellt Herr Falke den Antrag, den im Bereich Stadtentwässerung eingesparten Betrag auch in Folgejahren über eine Absenkung der Grundsteuer zur Verfügung zu stellen.

Herr König weist darauf hin, dass die Ratsmitglieder die Möglichkeit haben müssen, die Kalkulation einzusehen. Diesbezüglich hält Herr Erb hier in der Sitzung die gesamten Kalkulationsgrundlagen zur Einsichtnahme für die Ratsmitglieder bereit.

Für die UWG erklärt Herr Berls, dass seine Fraktion sich dem Antrag der SPD nicht anschließen kann.

Herr Klauke erklärt für die BFS, dass auch seine Fraktion die Senkung der Grundsteuer festgeschrieben haben möchte.

Seitens der CDU-Fraktion erklärt Herr Pröpfer, wenn man, aus welchen Gründen auch immer, an der Steuerschraube drehen müsse, dann arbeite man an dem abgesenkten Niveau von 320 Punkten. Die CDU könne sich den Antrag der SPD nicht anschließen.

Der vorstehende Antrag der SPD-Fraktion wird bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Bürgermeister Halbe verweist abschließend auf die anstehenden Änderungen des GFG.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage VII/1022 beiliegenden Entwurf des 4. Nachtrages zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Schmallenberg als Satzung. Die der Vorlage beigelegte Kalkulation ist Bestandteil dieses Beschlusses. § 5 erhält folgende Fassung:

Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft.

- TOP 12 Bebauungsplan Nr. 130 "Am Kaukenborn", Stadtteil Schmallenberg**
1. Änderung im vereinfachten Verfahren gem. § 13 Baugesetzbuch
 - Prüfung und Auswertung der Öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch
 - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch Vorlage VII/1033

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatungen im Bezirksausschuss Schmallenberg und im Technischen Ausschuss.

Beide Ausschüsse schlagen jeweils bei einer Stimmenthaltung einstimmig vor, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Bei einer Stimmenthaltung einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Den Abwägungs- und Beschlussvorschlägen der VwVorlage wird zugestimmt und der planungsrechtliche Teil der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 130 „Am Kaukenborn“, Stadtteil Schmallenberg, in der öffentlich ausgelegten Fassung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen; die entsprechend der Abwägungs- und Beschlusslage auszufertigende, zugehörige Begründung (Textteil Landschaftspflegerische Begleitplanung) wird gebilligt.

- TOP 13 Bebauungsplan Nr. 137 "Unterm Ebbeloh", Ortsteil Berghausen**
- **Prüfung und Auswertung der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch**
 - **Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch**
 - **Erlass einer Gestaltungssatzung gem. § 86 Landesbauordnung NW für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Vorlage VII/1034**

An der Beratung und Beschlussfassung nimmt Stadtvertreter Berls wegen Interessenkollision nicht teil.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss. Da die umfangreiche Vorlage erst in der Sitzung verteilt werden konnte, hat der Technische Ausschuss den Punkt ohne Beschlussvorschlag an den Rat gegeben.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung Schmallenberg nimmt das Ergebnis der Offenlage zur Kenntnis und bestätigt ferner ihre auf Basis der Verwaltungsvorlagen VII/972 v. 06.05.2008 und VII/1008 v. 23.06.2008 am 31.07.2008 gefassten Abwägungsbeschlüsse zu den Stellungnahmen aus den frühzeitigen Beteiligungsverfahren.

Der Bebauungsplan Nr. 137 „Unterm Ebbeloh“, Ortsteil Berghausen, wird in der öffentlich ausgelegten Fassung gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen; die zugehörige Begründung wird gebilligt.

Die Zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB wird beschlossen.

Für den Geltungsbereich des vg. Bebauungsplanes wird der als Anlage zur VwVorlage vorgelegte Gestaltungssatzungsentwurf gem. § 86 BauO NW i.V.m. den §§ 7 und 41 GO NW als Satzung beschlossen.

- TOP 14 Bebauungsplan Nr. 141 "Auf'm Mailar Felde", Ortsteil Mailar**
- **Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch**
- Vorlage VII/1037**

An der Beratung und Beschlussfassung nimmt Stadtvertreterin Plett wegen Interessenkollision nicht teil.

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss, der einstimmig vorgeschlagen hat, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Für den im Übersichtsplan Anlage 2 zur VwVorlage umgrenzten Bereich im Ortsteil Mailar wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Aufstellungsbeschluss für einen gem. § 30 Abs. 1 BauGB qualifizierten Bebauungsplan gefasst.

Der Bebauungsplan erhält die lfd. Nr. 141 und die Bezeichnung „Auf'm Mailar Felde“, Zielsetzung ist die Ausweisung eines „Dorfgebietes“ gem. § 5 BauNVO.

**TOP 15 Bebauungsplan Nr. 142 "Ohlweg", Ortsteil Werpe
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch**

Vorlage VII/1077

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss, der einstimmig vorgeschlagen hat, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Für den im Übersichtsplan Anlage 3 zur VwVorlage umgrenzten Bereich im Ortsteil Werpe wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Aufstellungsbeschluss für einen gem. § 30 Abs. 1 BauGB qualifizierten Bebauungsplan gefasst.

Der Bebauungsplan erhält die lfd. Nr. 142 und die Bezeichnung „Ohlweg“.

Zielsetzung der Planungsmaßnahme ist die Ausweisung eines „Dorfgebietes“ gem. § 5 BauNVO.

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist eine Gestaltungssatzung gem. § 86 Landesbauordnung zu erarbeiten.

**TOP 16 Ausbau der Straße "Über dem Hagen" in Fleckenberg, II. BA
- Abschnittsbildung nach § 130 Abs. 2 S. 1 u. 2 BauGB Vorlage VII/1080**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und der Punkt war Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss, der einstimmig vorgeschlagen hat, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt die in der Vorlage beschriebene Abschnittsbildung gem. § 130 Abs. 2 Sätze 1 und 2 BauGB.

**TOP 17 Schmallenberger Familienkarte;
hier: Auswertung des Gutscheinsystems für das Jahr 2007 und Ver-
gleich der Monate Januar bis Juni 2007 und 2008
- Anfrage der UWG-Ratsfraktion Vorlage VII/1081**

Ausgehend von einer Anfrage der UWG-Ratsfraktion wurde von der Verwaltung mit der Vorlage ein ausführlicher Sachstandsbericht zum Abrechnungsstand der Familienkarte vorgelegt.

Herr Berls dankt einleitend für diese umfassende Ausarbeitung. Die Darstellung zeige, dass für 2007 einiges nicht abgerufen wurde, warum auch immer. Sehe man auf den Zeitraum 2008 werde es, wenn alles weiter so in Anspruch genommen wird, hier wohl eine nahezu vollständige Ausschöpfung geben. Das System scheine zu funktionieren. Im Rahmen der Haushaltsplanberatung wäre jedoch darüber zu diskutieren, das System zu öffnen für bspw. Ferien- oder Schulfahrten. Das müsste aber im Vorfeld von der Verwaltung geprüft werden. Dazu die Bitte an die Verwaltung, zu prüfen, ob man das System etwas öffnen kann, um an den Stellen helfen zu können, wo Hilfe notwendig ist.

Auch Herr Klauke spricht sich für die BFS-Fraktion dafür aus, die Verwendungsmöglichkeiten der Familienkarte zu erweitern und das System zu öffnen.

Herr Falke erinnert an die damaligen Vorschläge der Arbeitsgruppe zur Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten, die dann aber von der Mehrheitsfraktion im Rat wieder einkassiert wurden. Den Ausführungen von Herrn Berls hält er entgegen, dass in diesem Jahr bisher zwar 20.000 € mehr abgerufen wurden, aber 25.000 € mehr ins SauerlandBAD geflossen sind. Hier werde von einer Tasche in die andere gewirtschaftet.

Herr Fischer hält eine Öffnung der Einsatzmöglichkeiten für problematisch. Mit der Familienkarte soll insbesondere den sozial schwachen Familien geholfen werden. Wenn das System geöffnet würde und die Gutscheine für Schulbücher und Klassenfahrten eingesetzt werden können, könnten sie nicht mehr für die Zwecke eingesetzt werden, für die die Familienkarte eigentlich gedacht ist.

Herr Schütte sieht die Notwendigkeit, insbesondere in der Altersgruppe 14 - 17 die Einsatzmöglichkeiten zu öffnen bspw. für Schulveranstaltungen, Klassen- oder Opernfahrten.

Den Ausführungen von Herrn Fischer hält Herr Falke entgegen, dass die Familienkarte ja nicht auf sozial schwache Familien beschränkt ist. Er erinnert an den seinerzeitigen Antrag der SPD-Fraktion auf Gleichstellung der SGB II- zu den SGB XII-Beziehern, was die Übernahme der Schulbuchkosten betrifft. Das wäre der richtige Ansatz gewesen, wurde aber abgelehnt.

Zu dem Vorschlag der UWG zur Öffnung der Einsatzmöglichkeiten erklärt Herr Welfens, dass die SPD das schon immer gefordert habe. Die UWG sollte konkret formulieren, welche Vorschläge sie habe.

Herr Berls weist darauf hin, dass er mit dieser Anfrage und seiner einleitenden Wortmeldung keine Grundsatzdiskussion lostreten sondern lediglich einen Sachstand haben wollte. Die Diskussion über eine weitere Öffnung sei auch kein Thema heute für den Rat, sondern für den Fachausschuss.

Herr Pröpper führt abschließend aus, dass als Fazit festzustellen ist, dass die Vereine mehr geld abgerufen haben und wenn mehr Geld ins SauerlandBAD fließe, komme es auch denen zugute, die das Bad benutzen. Wenn Änderungen in den Einsatzmöglichkeiten gewünscht sind, sollen die notwendigen Anträge gestellt werden, die dann im Fachausschuss

behandelt werden. An dieser Vorlage, die ja eine positive Entwicklung aufzeige, eine Grundsatzdiskussion festzumachen, wäre falsch.

Der Rat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

**TOP 18 Vorzeitige Umsetzung der geplanten Kunstrasenplätze
- Antrag der CDU-Ratsfraktion Vorlage VII/1079**

Der in der Vorlage abgedruckte Antrag der CDU-Fraktion wird von Herrn Pröpper einleitend kurz begründet. Es wäre sinnvoll, den Umsetzungsprozess zu beschleunigen. Die interessierten Vereine haben die Sponsorensuche eingeleitet und die Sponsoren wollten irgendwann auch mal ein Ergebnis sehen. Im Rahmen der Haushaltsplanberatung werde man sich mit dem Thema beschäftigen müssen.

Herr Falke gibt zu bedenken, dass das der Stadt jährlich zusätzlich 150.000 € kosten würde. Er denke, dass es im Sportbereich auch noch andere Problembereiche gebe, das Geld auszugeben.

Herr Klauke begrüßt für die BFS grundsätzlich den Vorschlag, die Umsetzung vorzuziehen.

Für die UWG erklärt Herr Berls, dass es hier sicherlich verschiedene Zielkonflikte und Baustellen gibt und dem Thema werde man sich in der Diskussion stellen müssen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung in die Fraktionen und den Fachausschuss verwiesen.

**TOP 19 Ersatzbestellung eines Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage VII/1071**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung bestellt als Nachfolger für Herrn Klein Herrn Markus Hufnagel zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses und Frau Ulrike Hirdler zu dessen Stellvertreterin.

**TOP 20 Ersatzbestellung eines Mitgliedes für den Bezirksausschuss Schmal-
lenberg Vorlage VII/1076**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Einstimmiger Beschluss:

Die Stadtvertretung bestellt für den Bezirksausschuss Schmallerberg Herrn Andreas Vogd zum Ausschussmitglied und Herrn Martin Schulte zu dessen Stellvertreter.

TOP 21 Flugplatz-GmbH Hochsauerland (Rennefeld)
- Übertragung der Gesellschaftsanteile auf die Fluggemeinschaft Rennefeld e.V. Schmallenberg
mündl. Vortrag

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung ergänzend zur Tagesordnung genommen.

Herr Halbe trägt auf Grundlage der Vorlage VII/1069 zur Sachdarstellung die wesentlichen Punkte vor. Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmig empfohlen, die städt. Anteile auf die Fluggemeinschaft Rennefeld e.V. zu übertragen.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die 48 Anteile der Stadt Schmallenberg an der Flugplatz-GmbH Hochsauerland (Rennefeld) werden kostenlos auf die Fluggemeinschaft Rennefeld e.V., Schmallenberg, übertragen.

TOP 22 Verschiedenes

TOP 22.1 Südwestfalens Verein des Jahres 2008

Herr Schrewe informiert, dass die Jugendfeuerwehr der Löschgruppe Oberhenneborn in der von der „Regionale“ gemeinsam mit der Westfalenpost gemeinsam ins Leben gerufenen Aktion heute von der Jury zu „Südwestfalens Verein des Jahres 2008“ gewählt wurde. Der erste Preis ist dotiert mit 5.000 €. Überzeugt hatte die Jury vor allem die große Mitgliederzahl der Jugendfeuerwehr von nahezu 10 % der Bewohner Oberhenneborns. Die Preisverleihung findet anlässlich des Südwestfalentages am 18. Oktober in Siegen statt, zu dem die Ratsmitglieder auch eine Einladung erhalten haben.

TOP 22.2 Schnadezug Bödefeld

Von Herrn Schrewe wird auf die Einladung zum Schnadezug Bödefeld am kommenden Samstag hingewiesen.